



DAS PAMPHLET



SCHRIFT DER ANARCHISTISCH-SYNDIKALISTISCHEN JUGEND BONN NR.5



WIDER DAS ELEND DER WAHLEN

Sonderausgabe zur Bundestagswahl



Editorial

*Nach langer Zeit haltet ihr nun wieder eine Ausgabe des Pamphlets in den Händen. Diese Ausgabe ist dabei Teil der Kampagne "Solidarische Perspektiven entwickeln - Jenseits von Wahlen und Populismus" der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA). Zu diesem Zweck haben wir Texte zu verschiedenen Bereichen dieses Feldes versammelt.*

Den Anfang macht "Parlamentarismus und seine Alternativen", in dem es um eine Kritik der parlamentarischen Demokratie und das Aufzeigen von alternativen Systemen geht. "'Links' wählen, dann wird alles gut?" widmet sich einer Kritik der Politik linker Parteien und wieso diese keinen wirklichen Fortschritt darstellt. Anschließend analysiert "Von der Demokratie zur Freiheit" die repräsentative Demokratie aus einer freiheitlichen Perspektive, während "Gute Gründe gegen die AfD - außer ihrem (offensichtlichem) Rassismus" u.a. die neoliberalen und antisozialen Wirtschaftskonzepte der Alternative für Deutschland darlegt. Zum Schluss wirft der Text "Demokratischer Konföderalismus" Licht auf das von Abdullah Öcalan entworfene gleichnamige Organisationskonzept und dessen praktische Umsetzung in den kurdischen Gebieten in Syrien.



asjbonn.blogspot.eu

www.facebook.com/asjbn

asjbonn@riseup.net



Inhaltsverzeichnis:

Editorial	2
Parlamentarismus und seine Alternativen	4
"Links" wählen, dann wird alles besser?	6
Von der Demokratie zur Freiheit	9
Gute Gründe gegen die AfD – außer ihrem (offensichtlichen) Rassismus	11
Demokratischer Konföderalismus	14
Befreundete Gruppen	21



Parlamentarismus und seine Alternativen

Obwohl das Vertrauen in Politiker europaweit niedrig ist (insbesondere bei jüngeren Menschen) und man ihnen nicht die Lösung der gesellschaftlichen Probleme zutraut, wird die parlamentarische Demokratie verteidigt. Sie sei zwar nicht optimal, doch immerhin die beste Regierungsform die wir hätten, und außerdem bräuchten wir nur Politiker, die ehrlicher, kompetenter, weniger korrupt, etc. wären. Mit einer kritischen Analyse des Parlamentarismus, geschweige denn dem Suchen nach Alternativen setzt sich hingegen kaum jemand auseinander.

Kritik des Parlamentarismus

In der repräsentativen Demokratie wählen wahlberechtigte Menschen (zu denen nicht jeder gehört) Vertreter, die ins Parlament entsendet werden und dort ihre Interessen vertreten sollen. Aufgrund ihres freien Mandates sind diese Abgeordneten jedoch niemandem verpflichtet und zuallererst nur an ihr eigenes Gewissen gebunden. Hier zeigt sich schon eine erste Schwäche der repräsentativen Demokratie: einmal gewählt, ist es bis zur nächsten Wahl völlig unerheblich ob sich die Gewählten auch an ihre Wahlversprechen halten. Dies zeigt sich besonders deutlich daran, dass den Wahlversprechen von Politikern und Parteien in aller Regel kein großer Glauben entgegen gebracht wird. Hinzu kommt noch, dass wohl nur die wenigsten eine Partei oder einen Politiker finden werden, der ihre Ansichten vollkommen teilt. Dies bedeutet, dass Prioritäten gesetzt werden müssen, welche Themen man als besonders wichtig erachtet und wo man dementsprechend sein Kreuz bei der Wahl macht. Dies führt immer wieder dazu, dass es bezogen auf bestimmte Themengebiete in weiten Teilen der Bevölkerung Zustimmung zu einer Sache, z.B. einem Gesetzesentwurf, gibt, dieser jedoch nicht umgesetzt wird, da eine parlamentarische Mehrheit diesem



entgegensteht und andere Themen bei der Wahlentscheidung eine größere Rolle spielen (Beispiele: lange Zeit die Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland, gleichgeschlechtliche Ehe in Australien).

Doch selbst wenn ein Abgeordneter es ehrlich meint und seine Versprechen umsetzen will, ist er mit dem Problem konfrontiert, dass er hierfür parlamentarische Mehrheiten erringen muss. Zu diesem Zweck treten Politiker weltweit fast ausschließlich für Parteilisten zur Wahl an, deren Positionen sie vertreten müssen (--> Fraktionszwang/Parteidisziplin). Parteien sind jedoch autoritär von oben nach unten strukturierte Organisationen; die einzelne Meinung ist hier erst einmal nicht wichtig gegenüber der Parteilinie. Um Einfluss zu erlangen, muss man somit an die Spitze gelangen, was mit Postengeschacher, Verwässerung der eigenen Positionen, Ausschaltung von parteiinternen Gegnern und vielen Konflikten verbunden ist. Sollte man all dies geschafft haben und auch im Parlament eine Mehrheit gefunden haben, so kann man seine Ziele (oder was

davon übrig geblieben ist) endlich durchsetzen. Die Mehrheit bestimmt und die Minderheit muss dies mittragen. Dies ist jedoch mitnichten ein System der „Volksherrschaft“ sondern eine Diktatur einer Mehrheit, so knapp diese auch sein möge, über viele Minderheiten. Dabei ist noch nicht einmal sicher gestellt, dass die durchgesetzte Politik auch dem entspricht, weswegen die Partei(en) gewählt wurde(n).

Solange die Grundrechte der Einzelnen gewahrt bleiben wird dies von vielen als legitim angesehen, haben sie doch theoretisch ebenfalls die gleiche Chance eine oder mehrere Legislaturperioden lang ihre eigene Diktatur auszuüben und der Gesellschaft ihren Stempel aufzudrücken.

Vor allem jedoch haben die Menschen außer der Wahl keine weitere Möglichkeit direkt auf die Entscheidungsprozesse einzuwirken. Zwar kann man demonstrieren oder Petitionen unterschreiben, im Regelfall hat dies jedoch keinerlei Auswirkungen auf das weitere Geschehen. Hinzu kommen weitere Faktoren die dafür sorgen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen benachteiligt werden, wie etwa mangelnde Bildung oder geringes Einkommen, während gleichzeitig verschiedene Interessensgruppen sich Einfluss erkaufen können.



Die Alternativen

Wie sähe eine Alternative dazu aus? Zunächst einmal gibt es schon jetzt weltweit Gesellschaften, die verschiedene Formen von Basisdemokratie entwickelt haben. Beispiele wären dafür die Zapatistas in Mexiko, die seit ihrem Aufstand 1994 in vom Staat autonomen Gemeinden leben (auch wenn sie von diesem drangsaliert werden und sich gegen staatlich tolerierte Paramilitärs zur Wehr setzen müssen) oder die aktuellen Bemühungen in den kurdischen Gebieten in Nordsyrien (Rojava) einen so genannten Demokratischen Konföderalismus aufzubauen, der stark auf lokale basisdemokratische Selbstverwaltung setzt. Ein weiteres Beispiel sind die Oromo in Äthiopien und Kenia, die in egalitären Gesellschaften leben und Probleme gesamtgesellschaftlich diskutieren, um gemeinsam Lösungen zu finden.

Auch in Europa gab es immer wieder Versuche Alternativen zu verwirklichen, wie etwa verschiedene Räterepubliken, die anarchistische Revolution während des spanischen Bürgerkrieges (in der Millionen Menschen sich erfolgreich nach herrschaftsfreien Prinzipien organisierten), die russische Revolution bis zur Machtergreifung der Bolschewiki oder diverse christliche und sozialistische Kommunen im Lauf der Jahrhunderte.

Ein gemeinsamer Faktor ist dabei, dass eine zentralisierte, hierarchische Organisation durch eine föderale, basisdemokratische mit möglichst flachen Hierarchien ersetzt wird. In einer solchen Gesellschaft werden Probleme vor Ort von den Betroffenen selbst diskutiert und gemeinsame Lösungen erarbeitet. Die Entscheidungsfindung findet dabei im Regelfall durch basisdemokratische Strukturen und Konsensfindung statt, nicht durch einfache Abstimmung. Auf diesem Wege wird erreicht, dass möglichst alle Betroffenen die



Entscheidung mittragen können, ohne größere Gruppen auszuschließen. Für Angelegenheiten die Fachwissen erfordern werden Ausschüsse, für überregionale Vernetzung Räte/Komitees/Föderationen/etc. gegründet. Die in diese Gremien entsendeten Vertreter haben jedoch im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie keine freies, sondern ein imperatives Mandat, sind also weisungsgebunden. Dies bedeutet konkret, dass sie nur die Positionen der Personen, von denen sie entsendet wurden, vertreten dürfen und jederzeit wieder abberufen werden können. Auch in diesen Gremien wird eine Konsensfindung vorgezogen. Unter Umständen kann es jedoch auch zu Abstimmungen kommen, wobei in der Regel festgelegt wird, dass für die Gültigkeit eines Beschlusses eine sehr hohe Mehrheit (häufig dreiviertel oder höher) vorhanden sein muss. Eine weitere wichtiger Komponente ist, dass höhere Gremien keine Weisungsbefugnis gegenüber niedrigeren haben. So kann z.B. jede lokale Föderation selbst entscheiden, ob sie die Beschlüsse einer höheren Regionalföderation tatsächlich umsetzt oder nicht. Durch den Fokus auf Konsensfindung tritt dies jedoch eher selten auf.

Häufig wird eingewandt, dass sich in einer solchen Gesellschaft Entscheidungsprozesse endlos hinziehen würden, die Wirtschaft nicht effizient verwaltet werden könnte und es ein Machtvakuum gäbe, da ja alles auf Freiwilligkeit beruhen würde. Dagegen lässt sich verschiedenes einwenden: Zum einen sind in einer solchen Gesellschaft viele Entscheidungen auf eine regionale Ebene verlagert, so dass Kompromisse einfacher gefunden und umgesetzt werden können. Zum anderen muss sich eine solche Gesellschaft (da zu einer wirklichen Transformation der Gesellschaft auch eine Überwindung des Kapitalismus notwendig ist) sich nicht mehr kapitalistischen Spielregeln unterwerfen - was konkret bedeutet, dass der Konkurrenzzwang entfällt und einer Wirtschaft Platz macht, in der das Wohl aller im Vordergrund steht. Dies führt dazu, dass die Produktion nicht möglichst profitabel für Einzelne sein muss, sondern die Bedürfnisse der Menschen zu decken hat. Es ergibt sich eine solidarische Ökonomie, in der im Idealfall auch das Geld wegfällt. Dass dies praktisch umsetzbar ist, zeigte sich nicht zuletzt im Spanischen Bürgerkrieg, als die Wirtschaft weiter Teile Spaniens (mit Millionen von Einwohnern) anhand dieser Prinzipien umgeformt wurde. Eigentum an Grund und Boden wurde abgeschafft, Fabriken und Betriebe von ihrer Belegschaft verwaltet, während sich die Bauern zu Agrarkollektiven zusammenschlossen. Trotz des vorherrschenden Bürgerkrieges mit all seinen Konsequenzen, wurden in praktisch allen Bereichen starke Leistungssteigerungen verzeichnet, bei teilweise gleichzeitig



abnehmender Arbeitszeit für den Einzelnen (eine detaillierte Beschreibung des revolutionären Spaniens findet sich unter anderem in George Orwells „Mein Katalonien“). Ebenfalls brach dort und in anderen ähnlich gelagerten Experimenten kein Chaos aus, da Herrschaftslosigkeit bzw. Anarchie mitnichten Regellosigkeit, sondern „Ordnung ohne Herrschaft“ (Kant) meint. Regeln und Gesetze werden von den betroffenen Menschen im Kollektiv beschlossen und umgesetzt. Dies ermöglicht auch eine flexiblere Anwendung derselben, als es in einem bürokratischen Staat wie Deutschland möglich wäre. Abschließend zu erwähnen sei noch, dass fast alle dieser kurzlebigen Experimente keineswegs an inneren Widersprüchen oder Unzulänglichkeiten scheiterten, sondern im überwiegenden Fall durch einen äußeren, militärisch überlegenen Feind zerschlagen

„Links“ wählen, dann wird alles besser!?

Manch ein Mensch mag sich bei den Wahlen alle paar Jahre noch tatsächlichen Wandel versprechen. Dieser Wandel wird allerdings selbst im Falle eines Wahlsieges „linker“ Parteien in weiter Ferne bleiben. Wieso das so ist - und wie praktische Alternativen aussehen könnten, dazu soll dieser Beitrag Ideen und Anregungen liefern.

Die in diesem Beitrag geäußerte Kritik an „linken“ Parteien basiert auf zwei Widersprüchen, die in der parlamentarischen Demokratie bzw. im Kapitalismus unüberwindbar sind.

„Freiheit herrscht nicht“ - über den Widerspruch politischer Herrschaft und (gesellschaftlicher) Freiheit

Seit jeher geht die politische Linke gemäß Definition davon aus, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Soll diese Idee konsequent umgesetzt werden, ist politische Herrschaft per se unmöglich, denn politische Macht bzw. Herrschaft basiert stets darauf, dass Menschen über andere Menschen bestimmen, was wiederum unweigerlich dazu führt, dass Menschen unterschiedliche Handlungsspielräume haben - und damit unterschiedlich „wichtig“ oder „einflussreich“ innerhalb einer Gesellschaft sind. Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte belegen eindrucksvoll, dass bisher alle Versuche, politische Herrschaft unter den Deckmantel „linker“, insbesondere linksradikaler Politik zu stecken, kläglich gescheitert sind - nein vielmehr zu schrecklichen Regimen geführt haben. Dies resultiert unmittelbar aus dem Widerspruch, gesellschaftliche Freiheit jedes Einzelnen über den Weg politischer Macht und Herrschaft zu erreichen. Freiheit kann jedoch nicht erzwungen werden. Wie sagte Bakunin so schön: "Freiheit kann nur durch Freiheit geschaffen werden, d. h. durch eine allumfassende Rebellion von Seiten des Volkes [sic!] und freie Organisation der arbeitenden Massen von unten nach oben." Dies widerspricht diametral dem Gedanken, eine freiheitliche Gesellschaft über parlamentarische Prozesse zu erreichen. Soll eine wirklich freie Gesellschaft entstehen, was das Hauptziel progressiver, emanzipativer, linker Bewegungen sein sollte, kann dies nur auf dem Wege der Selbstorganisation von Menschen geschehen. Jegliche Herrschaft, sei sie auch noch so „demokratisch“ organisiert, konterkariert automatisch linke (Gesellschafts-)Ideale und führt damit linksradikale Politik ad absurdum. Dieser Widerspruch erklärt sich rein intuitiv aus der Definition linksradikal-emanzipatorischer Politik und lässt sich - solange Politik auf Herrschaft basiert - nicht überwinden.

„Linksradikaler“ Sozialabbau

Um den zweiten wichtigen Punkt zu verstehen, ist es notwendig, sich die (heutige) Struktur des (globalen) Kapitalismus und der Produktionsbedingungen generell vor Augen zu führen. Zunächst einmal sind diejenigen parlamentarischen Kräfte, die die Chance haben, bei den aktuellen Wahlen eine hinreichende Anzahl an Stimmen zu erlangen, komplett einig, dass der Grundwiderspruch des Kapitalismus, nämlich die Tatsache, dass die Produktionsmittel in privater Hand sind und die



Arbeitskräfte (dabei spielt es keine Rolle, ob ungelernt, angelernt, ausgebildet oder studiert) ihre Arbeitskraft an die Besitzer*innen der Produktionsmittel zum Zwecke der Kapitalakkumulation verkaufen müssen, nicht aufgehoben, sondern allenfalls reformiert werden soll. - Nicht einmal eine Kritik an diesen Verhältnissen entweicht von Seiten dieser Parteien an die Öffentlichkeit. Es geht stets nur darum, möglichst einen „globalen, ethischen Kapitalismus“ aufzubauen, der auf einer „fairen“ Bezahlung der Arbeitskräfte und einer Umverteilung von oben nach unten basieren soll. Unabhängig von der Frage der Realisierbarkeit dieser Ideen handelt es sich dabei stets nur um eine Bekämpfung oder Reduktion von Symptomen, nicht um eine konkrete Lösung der Probleme – die letztlich nur in der Überwindung des angesprochenen Grundwiderspruchs des Kapitalismus zu finden ist. Zwar sind die Ideen der „parlamentarischen Linken“ durchaus so progressiv, dass erkannt wird, dass ein Ausgleich geschaffen werden muss, jedoch sind die Mechanismen, die den Kapitalismus am Leben erhalten, viel stärker, als jede parlamentarische Kraft (die die Freiheit der ihr unterstellten Menschen nicht komplett unterjochen will) es auch nur im Ansatz sein könnte. Der Kapitalismus zwingt alle staatlichen Akteur*innen dazu, sich devot zu zeigen - mit allen notwendigen Konsequenzen wie Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, sinkenden Löhnen und stetiger Privatisierung von Gütern und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge (Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen, Verkehrsinfrastruktur, Wasserversorgung). Diese Entwicklung zeigt sich derzeit besonders drastisch in Südeuropa, insbesondere in Griechenland, wo eine sogenannte „linksradikale“ Partei, namentlich „Syriza“ die Regierung stellt, aber dennoch gezwungen ist, strikte „Sparprogramme“ durchzusetzen, die letztlich dazu führen, dass zahlreiche Menschen ihre Lebensgrundlage - und oft auch jegliche soziale Absicherung nebst Krankenversicherung verlieren.



Die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ eignet sich als sehr gutes Beispiel, wie eine anfangs von ihren Idealen doch recht linksliberale Partei durch stetiges Engagement im parlamentarischen Prozess durch Herrschaft und Kapitalismus komplett assimiliert wird und Konzepte wie der sogenannte „Green New Deal“ erarbeitet werden, dessen Mantra ein „grünes Wachstum“ darstellt, dass innerhalb einer sogenannten „ökosozialen Marktwirtschaft“ realisiert werden soll. Die darinliegenden immanenten Widersprüche sind zu tiefgehend, als dass sie Bestandteil dieses Beitrages sein könnten. Anhand des "grünen" Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, lässt sich wunderbar der Wandel von einem Anhänger eines dogmatischen Kommunismus („Kommunistischer Bund Westdeutschland“) hin zu einem Protagonisten des modernen Neoliberalismus beobachten, der aufgrund der bereits angesprochenen „Alternativlosigkeit“, nämlich der aus der engen Verzahnung von Stimmenpotential, Arbeitsplätzen, Wachstumszwang und Kapitalakkumulation resultierenden Einschränkung der Handlungsspielräume die Wünsche der Produktionsmittelbesitzer quasi schon umsetzt, bevor diese konkret geäußert wurden - natürlich zum großen Nachteil derer, die ihre Arbeitskraft an ebenjene Produktionsmittelbesitzer verkaufen müssen. Ähnliches gilt für Joschka Fischer, der bis 1975 der militant-linksradikalen Gruppe „Revolutionärer Kampf“ angehörte und sich dort sogar an aktiven Angriffen auf Polizist*innen beteiligte - und über den Weg des parlamentarischen Engagements bei „Bündnis 90 / Die Grünen“ letztlich seinen Weg hin zum Lobbyisten für RWE und OMV sowie zum Berater für BMW, Siemens und Rewe Group gefunden hat. Die genannten Beispiele dienen ausschließlich exemplarisch für die Verstrickung von politischer Herrschaft und Kapitalismus und sollen aufzeigen, dass eine Überwindung von Herrschaft über den parlamentarischen Weg nicht erreicht werden kann.

Was die Partei „Die Linke“ betrifft, muss – mangels Regierungbeteiligung im Bund – auf deren konkrete Arbeit in Landesparlamenten verwiesen werden: Als Beispiel kann die Abschiebepolitik in Thüringen herangezogen werden, wo seit Ende 2014 eine rot-rot-grüne Landesregierung bestehend aus SPD, Grünen und Linken die Macht innehat. Zwar stellt sich





Thüringen in der Öffentlichkeit immer als Gegner von Abschiebungen dar, jedoch wurde ein Konzept erarbeitet, die sogenannte „Freiwillige Ausreise“, bei der Menschen, die aufgrund von fragwürdigen Gesetzen keine Aufenthaltserlaubnis erhalten (es ist bekannt, dass die Liste der „sicheren“ Herkunftsstaaten stetig länger wird), eine gewisse Summe Geld in die Hand gegeben wird, falls sie freiwillig die „Heimreise“ antreten. Es zeigt sich, dass dieser Weg sogar noch effektiver ist, als Zwangsabschiebungen, also durch dieses „linke“ Konzept deutlich mehr Menschen zurück in ihre alten, inakzeptablen Lebensumstände gedrückt werden. Mit freiwilliger Rückreise hat dieses Konzept nichts zu tun, denn Menschen, die sich weigern, „freiwillig“ auszureisen müssten früher oder später mit einer gewaltsamen Abschiebung rechnen. So sehen dann die Lösungen aus, die der „Realität“ entsprechen.

Ebenso ekelhaft wie reaktionär ist die Formulierung „Realo“ für Parteipolitiker*innen, die von ihren Idealen im Sinne einer Umsetzbarkeit im aktuellen System abweichen. Was genau wird erreicht, wenn linke Ideale verraten werden, um sich einem zutiefst menschenverachtenden System anzupassen? Wird ein Mensch in dem Moment, wo er*sie diesen Schritt macht, nicht eher ein Teil des Problems als ein Teil progressiven Wandels?

Ganz unabhängig von der tatsächlich stattfindenden Regierungspolitik sind auch zahlreiche Strömungen und Einzelpersonen innerhalb der Partei „Die Linke“ kritisch zu begutachten: Oskar Lafontaine beispielsweise ist mit seiner mehrfach geäußerten Position „Wer illegal über die Grenze gekommen ist, der sollte ein Angebot bekommen, freiwillig zurückzugehen. Wenn er dieses Angebot nicht annimmt, bleibt nur die Abschiebung“ näher dran an CDU und AfD, als auch nur an irgendwelchen linken Ideen. Ähnlich äußerte sich auch die derzeitige 1. stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht: „Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt.“. Durch diesen Satz macht sie zum einen deutlich, dass sie die Genfer Flüchtlingskonvention nicht verstanden hat (oder nicht akzeptiert) und zum anderen, dass ihr Gedankengut mit einem



emanzipativ-linken Gedankengut – zumindest in diesem Punkt – absolut nichts gemein hat. Schon allein die von ihr in den Raum geworfene Existenz eines Gastrechtes suggeriert, dass Deutsche und Nichtdeutsche unterschiedliche Rechte hätten, sich auf dem Stück Erde genannt „Deutschland“ aufzuhalten. Mag dies auch juristische Realität sein, so ist es u.a. Aufgabe einer (radikalen) Linken, ebendiese juristische Realität in Frage zu stellen und gegebenenfalls politisch entgegenzuwirken – selbst diese Reflexion findet offenbar in der Parteispitze der Linken nicht hinreichend statt.

Ganz nebenbei stammen Sahra Wagenknecht (und auch viele andere, auch führende, Mitglieder der Linken) aus einem Milieu, das aus emanzipativer Sicht generell sehr kritisch betrachtet werden muss: So ist die „Kommunistische Plattform“ innerhalb der Partei „Die Linke“ seit jeher angefüllt mit Persönlichkeiten, die teils gehobenen Positionen des DDR-Regimes angehörten und regelmäßig mit Kaderparteien wie der DKP kooperieren. Sahra Wagenknechts fragwürdige Einstellung in Bezug auf repressive, autoritär-kommunistische Systeme zeigt sich auch in der sogenannten „Unrechtsstaat“-Debatte, in der sie es ablehnte, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen. Von Vergangenheitsbewältigung und kritischer Auseinandersetzung mit Herrschaft ist dort nichts zu erkennen.

Ein weiteres Problem der parlamentarischen Linken ist ihr häufig all zu unkritischer Umgang mit Antisemitismus in den eigenen Reihen. So wird beispielsweise ein Diether Dehm, für den Antisemitismus nach eigener Aussage nur dann Antisemitismus ist, wenn er zum finalen Schritt, der industriellen Vernichtung greift – und der sich an die Seite von Verschwörungstheoretikern wie Ken Jebsen stellt, mir nichts, dir nichts zum Schatzmeister der Europäischen Linken. Weitere Beispiele für diesen laxen Umgang mit Antisemitismus sind leicht zu finden, so wird beispielsweise aus Reihen der Linken teilweise zur Teilnahme an „Pro-Palästina-Demos“ aufgerufen, auf denen die Demobesucher*innen gemeinsam mit geübten Antisemit*innen sogenannte „Israelkritik“ äußern, die meist nichts weiter ist, als stumpfer Antisemitismus. Zwar gibt es darüber auch parteiintern mehr oder weniger intensive Diskussionen über diese Problematik, was aber nicht dazu führt, dass der Antisemitismus aus den Köpfen der Beteiligten verschwindet.

Auch hier gilt: Die genannten Persönlichkeiten sind lediglich Beispiele und stellen keinesfalls die komplette Partei oder auch nur die Mehrheit da, aber alleine das Vorhandensein derartiger Tendenzen sollte kritisch betrachtet werden.



Auf die Erläuterung der Situation bei „linken“ Parteien wie MLPD oder DKP wird an dieser Stelle verzichtet, da sich diese Parteien bedingt durch ihre autoritär-kommunistischen Kaderstrukturen und die Glorifikation autoritär-kommunistischer Regime sowie durch Tolerierung und Apologetisierung offenen Antisemitismus per se für einen emanzipativen Diskurs ausschließen.

Letztlich bleibt festzustellen, dass gerade die angesprochenen Schwächen der parlamentarischen Linken gleichzeitig die größte Chancen für die außerparlamentarische Linke sind. Es besteht zumindest im Ansatz die Chance, dass sich überall dort, wo der Staat die „Versorgung“ der Bevölkerung nicht mehr sicherstellen kann, Basisbewegungen organisieren, die über herrschaftsfreie Selbstorganisation eben diese Aufgaben übernehmen und dadurch Anschluss an breitere Bevölkerungsschichten finden kann – was letztlich eine Notwendigkeit ist, wenn emanzipative Praxis realistische Chancen haben soll, einen nennenswerten Anteil des politischen Diskurses einzunehmen.

Auch hier bietet sich das Beispiel Griechenland an, wo elementare Dinge wie Krankenversorgung und die Unterbringung von Geflüchteten bereits heute an einigen Stellen im Rahmen kollektiver Selbstorganisation realisiert werden; spätestens seit der Staat diese Aufgaben nicht mehr erfüllt.

Dieser Beitrag soll enden mit der Einladung, sich an eben diesen Basisbewegungen, die es überall gibt, zu beteiligen und sich vor Ort einzubringen, anstatt darauf zu hoffen, dass der parlamentarische Prozess entscheidenden Wandel hervorbringt, denn diese Hoffnung wird unerfüllt bleiben.

Von der Demokratie zur Freiheit

Als eine Form der Regierung bietet die Demokratie eine Möglichkeit, um aus einem Durcheinander unterschiedlichster Begierden eine einzige Ordnung zu schaffen. Die Mittel und Aktivitäten der Minderheit werden dafür durch eine von der Mehrheit diktierte Politik vereinnahmt. In jeder Demokratie gibt es einen gesellschaftlich anerkannten Raum der Entscheidungsfindung, der vom restlichen Leben getrennt ist. Es kann ein Kongress in einem Parlamentsgebäude sein, eine Vollversammlung auf dem Gehweg oder eine App, die um Stimmen auf dem iPhone wirbt. Auf jedem Fall sind es nicht unsere unmittelbaren Bedürfnisse und Begierden, die die höchste Quelle der Legitimität darstellen, sondern ein bestimmter Entscheidungsfindungsprozess und dessen Ablauf. Im Staate wird dies als „Rechtsstaatlichkeit“ bezeichnet, auch wenn dieser Grundsatz nicht unbedingt ein formelles Rechtssystem braucht.

Das ist das Wesen der Regierung: Entscheidungen, die an einem bestimmten Ort getroffen werden, bestimmen, was an allen anderen Orten geschehen darf. Das Ergebnis ist Entfremdung: die Spannung zwischen dem, was entschieden und dem, was gelebt wird.

Demokratie verspricht dieses Problem zu lösen, indem sie jede*n in den Raum der Entscheidungsfindung eingliedert: Die Herrschaft aller über alle. „Die Bürger*innen einer Demokratie unterwerfen sich dem Gesetz, da sie erkennen, dass sie sich, wenn auch indirekt, sich selbst als Gesetzgeber unterwerfen.“ Aber wenn all diese Entscheidungen tatsächlich von denen getroffen worden wären, die sie betreffen, dann gäbe es keine Notwendigkeit, diese zu vollstrecken. Was schützt die Minderheiten in diesem winner-take-all-System? Verfechter*innen der Demokratie behaupten, dass Minderheiten durch institutionelle Vorkehrungen geschützt werden checks and balances („gegenseitige Kontrolle der Gewalten“). Anders gesagt, soll dieselbe Struktur, die über die Minderheiten herrscht, diese vor sich selbst schützen. Bei diesem Ansatz stehen Demokratie und die persönliche Freiheit grundsätzlich im Widerspruch: Um die Freiheit von Einzelnen zu schützen, muss es der Regierung möglich sein, die Freiheit eines jeden zu nehmen. Jedoch ist es wirklich optimistisch, darauf zu vertrauen, dass Institutionen immer besser sein werden als die Menschen, die sie verwalten. Je mehr Macht wir der Regierung geben, um die Minderheiten



zu schützen, desto gefährlicher kann es werden, wenn diese gegen sie verwendet wird.

Das Konzept von Freiheit als Nullsummenspiel ist die Grundlage der Auseinandersetzung über Rechte, die durch den Staat gewährt und geschützt werden. Damit die Bürger*innen frei sein können, muss der Staat die absolute Autorität besitzen und die Möglichkeit haben, totale Kontrolle auszuüben. Wenn wir im Gegensatz dazu Freiheit kumulativ als etwas sich stetig addierendes verstehen, dann wird die Freiheit einer einzelnen Person die Freiheit aller: Es ist nicht einfach eine Frage des Geschütztseins durch die Autoritäten, sondern einer Art, miteinander zu kooperieren, so dass sich die Möglichkeiten für alle maximieren. So gesehen existiert umso weniger Freiheit, je mehr Zwangsgewalt gebündelt wird. Außerhalb dieser Strukturen ist es möglich Freiheit sozial anstatt rein individualistisch zu verstehen: Freiheit als ein gemeinsam erzeugtes Verhältnis zu unseren eigenen Möglichkeiten, keine abgeschlossene Blase von privaten Rechten. Die Freiheit der anderen ist so keine Einschränkung, sondern eine notwendige Voraussetzung für die eigene Freiheit.



Gesetze, Gerichte, Gefängnisse, Geheimdienste, Steuerbehörden, Armeen, Polizei: die meisten dieser auf Zwang basierenden Machtinstrumente, die wir in einer Monarchie oder Diktatur als unterdrückend ansehen, funktionieren genauso in einer Demokratie. Wenn es uns allerdings erlaubt ist, zu wählen, wer diese Instrumente kontrolliert, sollen wir sie als die unseren ansehen, sogar wenn diese gegen uns eingesetzt werden. Das ist die große Errungenschaft von zweieinhalb Jahrhunderten demokratischer Revolutionen: Statt die Herrschaftsmittel der Könige abzuschaffen, werden uns diese als volkseigen verkauft. So mächtig der Staat auch ist, was er nicht kann, ist, seinen Untertanen Freiheit zu verschaffen. Er kann es nicht, weil seine Existenz auf ihrer Unterordnung basiert. Er kann andere unterordnen, er kann Ressourcen entziehen und konzentrieren, er kann Gebühren und Abgaben verhängen, er kann Rechte und Erlaubnisse gewähren die Trostpreise für die Regierten aber er kann keine Selbstbestimmung bieten.

Stattdessen verspricht die repräsentative Demokratie die Möglichkeit, sich gegenseitig mittels eines Rotationsystems zu regieren: ein aufgeteiltes und zeitlich begrenztes Königtum, das diffus, beweglich und dennoch hierarchisch ist wie die Wertpapierbörse. In Wirklichkeit gibt es, da die Macht delegiert wird, nach wie vor Regierende, die gegenüber allen anderen eine gewaltige Macht ausüben. Diese herrschende Klasse hat meist auch die höchsten Ränge in allen anderen hierarchischen Systemen unserer Gesellschaft inne, formell und informell. Selbst wenn Politiker*innen aus der Unterschicht entstammen: Je mehr Macht sie ausüben, desto stärker entfernen sich ihre Interessen von denen der Regierten. Das wahre Problem sind nicht die Absichten der Politiker*innen; es ist der Staatsapparat an sich.

Genauer betrachtet wird Demokratie nicht den Werten gerecht, die uns überhaupt erst zu ihr brachten: Gleichwertigkeit, Inklusivität, Selbstbestimmung. Neben diesen Werten müssen wir Horizontalität, Dezentralisierung und Autonomie als ihre unverzichtbaren Gegenüber hinzufügen. Horizontalität bedeutet Strukturen zu schaffen, die nicht auf eine hierarchischen Organisation mit Anführer*innen an der Spitze setzen, sondern auf der Gleichwertigkeit aller und einer führungslosen Entscheidungsfindung beruhen. Aber Dezentralisierung ist genauso wichtig wie Horizontalität, wenn wir nicht in einer Tyrannei von Gleichwertigen gefangen sein wollen, in der sich alle einig sein müssen, wenn irgendwer etwas machen möchte. Dezentralisierung bedeutet, mehrere Räume zu haben um Entscheidungen zu treffen und mehrere Formen von Legitimität, statt eines einzelnen Prozesses den alle Angelegenheiten durchlaufen müssen. Wenn Macht in einem Zusammenhang ungleichmäßig verteilt wurde, kann dies an einem anderen Punkt ausgeglichen werden. Dezentralisierung meint das Erhalten von Unterschieden strategische und ideologische Vielfalt ist eine Quelle der Stärke für Bewegungen und Gemeinschaften, so wie es



biologische Vielfalt in der Natur ist. Wir sollten uns weder aus dem Vorwand der Verbundenheit in homogene Gruppen aufspalten, noch unsere Politik auf den geringsten gemeinsamen Nenner reduzieren.

Dezentralisierung setzt Autonomie voraus, die Fähigkeit frei aus der eigenen Initiative heraus zu handeln. Um frei zu sein, benötigst du Kontrolle über deine unmittelbare Umgebung und die Einzelheiten deines täglichen Lebens; je eigenständiger du bist, desto sicherer ist deine Autonomie. Das muss nicht bedeuten, all deine Bedürfnisse unabhängig von anderen zu befriedigen; es kann auch die Art von gegenseitiger Abhängigkeit bedeuten, bei der du Einfluss auf die Menschen hast von denen du abhängig bist. Keine einzelne Institution sollte in der Lage sein, den Zugang zu Ressourcen oder sozialen Beziehungen für sich alleine zu beanspruchen. Eine Gesellschaft die Autonomie befürwortet benötigt das, was ein*e Ingenieur*in Redundanz nennen würde: eine Vielzahl von Optionen und Möglichkeiten in jedem Aspekt unseres Lebens.

Wenn wir Freiheit fördern wollen, reicht es nicht aus, Autonomie alleine zu bejahen. Ein Nationalstaat oder eine politische Partei kann Autonomie verfechten, genauso wie Nationalist*innen und Rassist*innen. Der Fakt, dass eine Person oder Gruppe autonom ist sagt uns wenig darüber, ob die Beziehungen mit anderen, die sie pflegen, gleichwertig oder hierarchisch, ein- oder ausschließend sind. Wenn wir Autonomie für alle maximieren wollen, anstatt sie nur für uns zu fordern, müssen wir Strukturen schaffen, in denen keine*r in der Lage ist, institutionelle Macht über andere zu sammeln. Wir müssen Anarchie schaffen.

Gute Gründe gegen die AfD – außer ihrem (offensichtlichen) Rassismus

Einleitung

Die Alternative für Deutschland polarisiert, und das vor allem durch ein Thema: Migration. In Deutschland sind die allermeisten Menschen ihr entweder positiv oder negativ gegenüber eingestellt, weil sie mit der Meinung der AfD zur Einwanderung einverstanden sind oder eben nicht. Kritiker*innen werfen ihr hauptsächlich Rassismus vor, und dies oft nicht zu unrecht. Ihren Erfolg feiert die AfD aber nicht trotz, sondern wegen ihrer fremdenfeindlichen Politik; es ist also gut, die Dinge beim Namen zu nennen, jedoch auch nur von begrenzter Wirksamkeit, weil viele die Partei eben gerade wegen der kritisierten Aussagen wählen. Was zumeist außer Acht gelassen wird, ist, dass sich die Wahlprogramme und Meinungen der AfD nicht auf Fremdenfeindlichkeit beschränken. Tatsächlich gibt es einiges mehr an Angriffsfläche – wovon zugegebenermaßen auch einiges auf Rassismus zurückzuführen ist –, wie dieser Text aufzeigen möchte.

Als die AfD im Februar 2013 von einem guten Dutzend Männern, von denen übrigens nur noch vier Mitglied in der Partei sind, gegründet wurde, gab es ein anderes großes Thema, das das Programm prägte: die Kritik am Euro und der EU. Hieran lässt sich gut erkennen, dass der Rechtspopulismus ursprünglich hauptsächlich wirtschaftspolitische Themen bediente. Er entstand in Europa in den 1970er Jahren als Reaktion auf die Krisen, die durch europäische Sozialstaaten hervorgerufen worden waren. Hauptangriffsziel war die Wohlfahrtsstaatlichkeit, also das Modell von Staaten, die den Fokus auf Sozialleistungen wie Krankenversicherung, Rente, Arbeitslosengeld usw. legen. Die AfD ist vor allem also auch neoliberal, oder, auf gut Deutsch, kapitalistisch.

Trotzdem schafft sie es, als Stimme des Volkes oder des „kleinen Mannes“ aufzutreten. Grund dafür ist die Behauptung der AfD, sie sei grundlegend anders als alle anderen größeren Parteien. In der parlamentarischen Demokratie sind sich die meisten Parteien in der Tat sehr ähnlich geworden. Vor allem die SPD, früher eine Partei der Arbeiter*innenbewegung und sogar kapitalismuskritisch, hat die Interessen der unteren Gesellschaftsschichten aufgegeben und ist zu einer rein opportunistischen Organisation verkommen; sie ist kaum von der CDU zu unterscheiden und versucht nur noch, kurzfristig die meisten Stimmen zu ergattern. Das scheint ihr inzwischen auch selbst ein wenig klar geworden zu sein, weswegen Martin Schulz nun wieder für ein wenig mehr Farbe sorgen soll. Doch dass die SPD gerne Ideale verrät, ist nichts Neues, und auch die anderen Parteien haben



das Problem, dass die Wähler*innenschaft sich nicht mehr mit ihnen identifizieren kann. Die Bevölkerung nimmt die Politik als abgehobene Klasse, die sich nicht mehr für die Sorgen der Einzelnen interessiert, wahr. Genau in diese Kerbe schlägt die AfD, indem sie mit Nationalismus und allerhand Verschwörungstheorien Wahlkampf betreibt; sie bezeichnet die Bedürfnisse der Enttäuschten als „Volkswillen“ und behauptet, für diesen einzutreten. Durch gelegentliche extreme Aussagen und den darauf folgenden Diskurs über diese werden immer rechttere Positionen normalisiert. Bekannte Beispiele dafür sind die Debatte über das Schießen auf Geflüchtete an deutschen Grenzen oder die doppeldeutige Wortwahl Björn Höckes beim Beschreiben des Holocaust-Mahnmals in Berlin als "Denkmal der Schande".

Gegen Eliten? – 1. Steuer- und Sozialpolitik

Auch wenn die vielen NS-Vergleiche unangebracht sein mögen, ist ein gemeinsames Ziel nicht außer Acht zu lassen: das Errichten eines totalitären Staats. Zwar wird das aktuelle System als eins mit zu viel Macht über die Bevölkerung angesehen, doch das von der AfD vorgeschlagene Konzept ist ähnlich kritisch zu sehen. Es sind nämlich vor allem Steuern, die der Rechtspopulismus als Eingriff in die Freiheit sieht, eine Vorstellung, die man bisher hauptsächlich in der FDP fand. Tatsächlich ist die AfD streckenweise noch marktradikaler als jene; so fordert sie beispielsweise eine Obergrenze für Steuern, einen höheren Grundfreibetrag, die Überprüfung der Gewerbesteuer und die Abschaffung von Erbschafts- und Vermögenssteuer. Das bedeutet: Vor allem Reiche werden mehr von ihrem Geld behalten können, dafür bleibt dem Staat ein geringeres Budget, um beispielsweise Sozialleistungen (die den größten Anteil der staatlichen Ausgaben ausmachen) zu finanzieren. Dafür soll an die



Stelle des Sozialstaats ein Minimal- bzw. Nachtwächterstaat treten. In dieser Staatsform wird der Eingriff in das Leben der Bürger*innen zumindest insoweit zurückgefahren, als es weniger Reglementierungen, hauptsächlich im Bereich der Wirtschaft, gibt. Dafür sollen Polizei und Rechtsprechung ausgebaut werden, um dafür zu sorgen, dass die Ordnung beibehalten wird, sprich, sich niemand am Eigentum anderer vergreift.

Dass diese Maßnahmen vor allem Leuten ohne finanzielle Schwierigkeiten zugutekämen, liegt auf der Hand; wie also schafft es die AfD, sich trotzdem als „Partei des kleinen Mannes“ zu inszenieren? Auch hier spielen Nationalismus und Rassismus wieder eine Rolle. Denn die früheren vertretenen Forderungen von der Abschaffung des Mindestlohns und der Privatisierung des Arbeitslosengeldes I lassen sich in neueren Programmen nicht mehr finden. Aber wie sollen diese und andere Sozialleistungen bezahlt werden, wenn das Einkommen des Staates derart gesenkt wird? Die Antwort bleibt die AfD den Leser*innen ihrer Programmen zumeist entweder schuldig, oder sie lautet: Einwanderung stoppen. Erstens würde zu viel Geld für die Versorgung Geflohener ausgegeben, und zweitens sei der Mindestlohn aufgrund des durch die Immigration entstehenden Lohndrucks notwendig. Die Hetze gegen Geflüchtete mittels Sozialpolitik, die, als es nur NPD und Co waren, die so Wahlkampf betrieben, noch von allen als Rassismus erkannt wurde, ist heutzutage salonfähig geworden; ein weiteres Beispiel für die Diskursverschiebung durch die Tabubrüche der Partei.

Reiche und den Mittelstand lockt die AfD mit Steuererleichterungen, während die Einkommensschwachen mit Fremdenfeindlichkeit geangelt werden. Von einer Ablehnung von Eliten kann also keine Rede sein.

Gegen Eliten? – 2. Bildung und Erziehung

In Deutschland ist es trauriger Fakt, dass der soziale Kontext oft entscheidend für den Bildungserfolg des Kindes ist. Die Chance, einen besseren Abschluss als die Eltern zu machen, wird als Bildungsmobilität bezeichnet und ist in Deutschland verglichen mit anderen Industrieländern gering. Ginge es nach der AfD, würde die Chancengleichheit weiter gesenkt. Während es in den Programmen beim Thema Bildung hauptsächlich um die angebliche Benachteiligung Deutscher gegenüber Eingewanderten geht, findet sich auch die Position, man solle nicht allen die Möglichkeit auf einen beliebig hohen Bildungsabschluss gewähren. Es gibt Stimmen, die für Prüfungen zum Eintritt in die Gymnasiale Oberstufe und eine feste Quote von für das Studium Zugelassenen eintreten. In diesen Forderungen nach noch mehr Leistungsdruck und Konkurrenzkampf findet sich bestenfalls der neoliberale Charakter der Partei wieder, schlimmstenfalls ein sozialdarwinistischer. Das Problem, dass Schüler*innen, die Privatschulen besuchen und/oder Zugang zu Nachhilfe haben, im Vorteil sind, wird nicht



nur hingenommen, sondern durch die vorgeschlagenen Maßnahmen noch verschärft. Außerdem soll es nicht an allen Hochschulen, sondern nur an solchen mit Universitätsstatus möglich sein, zu promovieren und zu habilitieren, also einen Doktor*intitel bzw. eine Lehrerlaubnis verliehen zu bekommen.

Während Schule und Studium sollen den Lernenden außerdem ganz bestimmte Werte vermittelt werden. Hierbei wird sich gerne auf das preußische Schulsystem berufen: Die damals vorherrschenden Tugenden sollen wieder Denken und Handeln der nächsten Generationen bestimmen, als da wären: Disziplin, Ordnung, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, Fleiß und einiges mehr. Zusätzlich sähen es einige gerne, wenn die Schüler*innen zum Stolz auf ihr Land erzogen würden, die Schulzeit soll nicht zuletzt Identität im patriotischen Sinne stiften. Um all dies zu vermitteln bedürfe es einer starken autoritären Lehrperson. Was nicht Teil des Unterrichts sein soll, ist die Beeinflussung der Kinder durch die von der AfD gerne sogenannten Genderideologie. Das Vorstellen anderer Sexualitäten und Partner*innenschaften als monogame heterosexuelle (ein Mann, eine Frau) im Unterricht scheint der AfD nach schon einen derartigen Schaden angerichtet zu haben, dass die armen, ständig benachteiligten Jungen und Männer nun als einzige gefördert werden sollen (mehr dazu im nächsten Abschnitt zu Sexismus und Antifeminismus).

Auch auf diesem Gebiet ist die AfD wie zu sehen weit von antiletärem Denken entfernt; einerseits wird bildungsferneren Schichten die Möglichkeit zum akademischen Aufstieg und somit indirekt auch zu gut bezahlten Berufen erschwert, andererseits ist die Ansicht der AfDler*innen über geschlechterspezifische Benachteiligung eine ins Gegenteil verkehrte Version der Realität.

Sexismus und Antifeminismus

Ein Merkmal des Populismus ist es, Themen, die das Potential zu medialer Aufmerksamkeit haben, zu bespielen und möglichst für sich zu vereinnahmen. Leichte Widersprüche zur bisherigen Linie sind nebensächlich, es zählt der Skandaleffekt. So kam es nach Silvester 2015/16 dazu, dass die AfD



sich am lautesten darüber empörte, wie es zu den Übergriffen in Köln habe kommen können. Dieses Einstehen für Frauenrechte ist es nicht gerade, wofür die Partei vorher bekannt gewesen wäre, ebenso wenig wie sie es nach dem Abklingen des medialen Echos ist. Wie jedoch wurde dieser plötzliche Ausbruch von „Feminismus“ ideologisch unterfüttert? Mit Rassismus. Es wurde das Bild eines von seinen Trieben geleiteten ewiglüsternen Flüchtlings gezeichnet, das ein Jahr später als das des „Nafri“ wieder herangezogen wurde. Wann immer es zu sexualisierter Gewalt kommt, ist die AfD zur Stelle und fordert einen besseren Schutz für Frauen und härtere Strafen für die Täter – vorausgesetzt, es handelt sich um Ausländer. Damit sagt sie: Die deutsche Frau darf nur vom deutschen Mann misshandelt werden.

In gleicher Manier werden islamische Länder für den dortigen Umgang beispielsweise mit Homosexuellen kritisiert. Dass Menschen von Häusern geworfen werden, sei inakzeptabel, an der Ungleichbehandlung bis Entmenschlichung in der heimischen Politik jedoch stört sich – zumindest innerhalb der Partei – niemand. Mit „Dekadenz, Perversion und Selbsthass“ wurde der Christopher Street Day beschrieben, Homosexualität als „Fehler der Natur“. Wie, fragt man sich, passt da die innerparteiliche Gruppierung „Homosexuelle in der AfD“ hinein? Wohl nur über die klassischen Konsenthemen Nationalismus, Rassismus und hier speziell die Gegnerschaft gegen „Linke“ (als was bei der AfD alles Progressive beschrieben werden kann); es wird beteuert, dass auch Schwule und Lesben Patriot*innen sein können und jeder „Missbrauch“ des Themas durch linke Organisationen von dem Arbeitskreis verurteilt. Inzwischen hat er sich aufgrund eines Streits über innerparteiliche Kritik an homofeindlichem Verhalten gespalten.

Es bleibt jedoch nicht bei diskriminierenden Aussagen, eines der Lieblingsthemen der AfD ist die Bekämpfung des „Genderwahns“. Grundlegend hierbei ist das emotional stark aufgeladene Bild einer idealen Familie: Vater, Mutter, Kind/er. Die althergebrachte Familie wird, nicht ganz fälschlicherweise, als Grundbaustein dessen, was die Partei für Deutschland bzw. die



deutsche Kultur hält, verstanden. Aus Ablehnung alles Anderen bangen Anhänger*innen der AfD um die gesamte westliche Zivilisation. Um es mit den Worten einer anderen Autorin zu sagen: „In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, wer da eigentlich im „Genderwahn“ ist.“ Um die kurz bevorstehende Apokalypse zu verhindern, gilt es nun also, sich auf die alten Werte und Normen zu besinnen. Hierzu gehören, die Aufklärung wieder gänzlich Sache der Eltern werden zu lassen, jede Förderung der Forschung zum Thema Gender einzustellen, bisherige Maßnahmen zur Gleichbehandlung zurückzunehmen und die Auswirkungen des bisher auf diesem Gebiet Getanen durch Unterstützung von jungen Cis-Männern wieder auszugleichen. Dass dies die bisher schon vorherrschende männliche Hegemonie in der Gesellschaft nur verstärken würde, wird als natürlich hingenommen.

Energiepolitik und (andere) Verschwörungstheorien

Mit dem Thema „Genderwahn“ ist dieser Text bereits an einen Bereich gestoßen, der ebenfalls einen beträchtlichen Teil der in der AfD vertretenen Meinungen ausmacht: die Verschwörungstheorien. Von nicht wenigen wird die Vorstellung von der kulturzersetzenden Wirkung aller Dinge, die etwas mit queeren Menschen zu tun haben, weitergesponnen zu einem Komplott, das wahlweise die Linken, die Regierung, die Schattenregierung, die Amerikaner, die Banker, die Zionisten, die Juden, die Reptiloiden oder alle zusammen mit dem Ziel, die Weltherrschaft an sich zu reißen, gesponnen haben. Gut dazu passt, dass die Deutschen bzw. die weiße Rasse durch Masseneinwanderung gezielt ausgelöscht werden sollen. Nicht wegzudenken sind bei vielen auch 9/11, Chemtrails und/oder Hitlers Flucht nach Argentinien.

Nicht alle Verschwörungstheoretiker*innen glauben jedoch alles, direkter oder struktureller Antisemitismus beispielsweise treten in unterschiedlichen Intensitäten auf. Auch innerhalb der AfD gibt es teilweise Kritik an zu Verworrenem, nicht zuletzt sogar auch eine breite israelsolidarische Fraktion. Nichtsdestotrotz organisierte die AfD bereits unter anderem drei „Alternative Wissenskongresse“, bei denen sich Vertreter*innen der meisten, wenn nicht aller oben vorgestellten Theorien finden ließen.

Was aber allerdings Parteimeinung ist, ist, dass die bisherige Energiepolitik Deutschlands unsinnig wenn nicht gar bösartig sei, schließlich sei Kohlendioxid kein Gift, sondern notwendig zum Überleben von Pflanzen und würde dieses bei höherer Konzentration nur begünstigen. Einer der zuständigen AfD-Funktionär*innen glaubt, die Abkehr vom Atomstrom habe einzig das Ziel, der Bevölkerung günstige Energie vorzuenthalten und Geld in die Taschen der Ökostromkonzerne zu bringen. Der Klimawandel sei erfunden, die Energiewende gleiche sozialistischer Planwirtschaft. Dem Fakt, dass die konventionellen Energiekonzerne sich selbst für kaum mehr als Profit interessieren, wird keine Bedeutung beigemessen.

Demokratischer Konföderalismus

I

Die libertäre Kritik am Staat versteht ihn als eine institutionalisierte Form von Herrschaft. Im engen Verbund mit dem Kapital bestimmt er weite Teile des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dabei ist er darauf angewiesen, Konsens seiner Subjekte zur hegemonialen Meinung, ebenso wie seinen Gesetzen und Regelungen herzustellen. Dies geschieht in liberalen Demokratien vor allem mittels der durch verschiedenste Institutionen (mensch denke an Medien, Kirche, Lehr- und Ausbildungsstätten), letztendlich aber auch die sich der hegemonialen Meinung unterwerfende Gesamtgesellschaft (manifestiert in Kultur, Wissenschaft, Politik und anderen Bereichen gesellschaftlicher Vermittlung) herbeigeführte Internalisierung gesellschaftlicher Zwänge und Vorschriften. Diese erstrecken sich von normierten Sexualitäts-, Geschlechts- und Beziehungsweisen über hierarchisch strukturierte soziale Gefüge bis hin zum Arbeitsfetisch. Sollte dieser Vorgang der Gewalt, der meist nicht als dieser anerkannt wird, nicht ausreichen, um die Subjekte des demokratischen Staates zu disziplinieren, setzt er zu diesem Zwecke seine Repressionsorgane ein. Sie sollen vor allem das private Eigentum schützen, aber auch die allzu laute oder eindeutige Äußerung von Ablehnung gegenüber den gesellschaftlichen Umständen verhindern.



Nun befasst sich schon ein Text in dieser Veröffentlichung mit eben jener Kritik, beziehungsweise der Kritik am demokratischen Teilhabeverfahren. Doch abseits von Schilderungen ohnehin nur in der Negation des Bestehenden zu fassender Utopien ist es angebracht, Wege in freie Gesellschaften aufzuzeigen und zu diskutieren. Diese können nicht das Bestehende aufheben, aber Schritte zu einer freiheitlicheren Gesellschaft als dieser sein. Verschiedene Strategien und Meinungen existieren zum Anstoßen und Inganghalten dieser Transformationsprozesse. Der anarchistische Syndikalismus ist nur ein Beispiel von vielen, erlangte jedoch im Spanien des Bürgerkriegs große Wirkmächtigkeit, bis er mit Unterstützung von Deutschland und Italien, aber auch dem Vatikan und der stillschweigenden Billigung der später so antifaschistischen „Westalliierten“, durch Francos Falange niedergeschlagen wurde.

Ein weiterer Entwurf solch eines Transformationsprozesses ist der demokratische Konföderalismus, der momentan in Teilen Kurdistans erprobt wird und eine maßgeblich von Abdullah Öcalan überarbeitete Form von Murray Bookchins Ideen darstellt. Erarbeitet wurde er vor allem nach der Inhaftierung Öcalans durch die Türkei, und führte zum Abwenden der PKK von terroristischen Aktionen und hin zum Aufbau regionaler, autonomer Strukturen. Laut Taylor befassten sich viele Menschen in den kurdischen Gebieten allerdings schon nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder vermehrt mit libertärer, feministischer, kommunistischer und sozial-ökologischer Literatur. Dennoch stellte Öcalans Arbeit und das nachfolgende Umschwenken der PKK auf einen am Anarchismus orientierten Entwurf gesellschaftlicher Organisation einen bedeutenden Schritt für die Situation in Kurdistan dar. So führte sie unter anderem zum 2012 beginnenden Friedensprozess und daraufhin auch dem Rückzug aller kurdischen Truppen aus der Türkei.

Im Folgenden soll die theoretische Grundlage des demokratischen Konföderalismus beleuchtet und, so nötig, in kritischen Kontext gestellt werden. Ebenfalls sollen die Ergebnisse der Umsetzung dieser Theorie aufgezeigt werden.

II

Öcalan beginnt seine Ausführungen zum demokratischen Konföderalismus mit einer Analyse der historischen Gewordenheit und ideologischen Fundierung des modernen Nationalstaates. Seine historische Analyse beginnt bei der Sesshaftwerdung des Menschen und setzt sich fort bis zur Etablierung der kapitalistisch-nationalstaatlichen Weltordnung. Außerdem geht er auf die strukturierenden ideologischen Komponenten des Nationalstaat-Gedankens ein, zu denen er unter anderem Religion, Nationalismus, Sexismus und die positivistische Wissenschaft fasst. Im Folgenden sollen seine Analysen kurz aufgeschlüsselt werden, um nachfolgend seine Herleitung der Rolle des Nationalstaates für die kurdische Bevölkerung und der daraus resultierenden Hinwendung zum demokratischen Konföderalismus und seinen Konzepten darzustellen.



Die Wurzeln des Nationalstaates werden von Öcalan in der Sesshaftwerdung des Menschen gesehen. Durch die (vorerst) geo- und topographische Eingrenzung des eigenen Lebensraumes entwickle der Mensch erstmals eine Vorstellung von Identität, die jedoch (noch) keine Einschränkung von Handel, Kultur und Sprache bedeutet habe. Dies resultiere maßgeblich aus der feudalen Gesellschaftsstruktur. Erst das Aufkommen der kapitalistischen Weltordnung bedinge das Aufkommen des Nationalstaates, das maßgeblich aus dem Drängen von Handel, Gewerbe und Geldwesen zur politischen Teilhabe resultiere. Nationalstaat und Kapital seien in ihren sich überschneidenden Interessen zur Überwindung der feudalen Ordnung aufeinander angewiesen. Schlussendlich führe dies zur Vereinigung der Stämme, Sippen und feudalen Strukturen unter der Nation, die von Öcalan in Form des modernen Nationalstaats als das „am weitestgehend entwickelte Monopol [...] in den Bereichen Handel, Industrie, Finanzwesen und Macht“ verstanden wird.

Dies äußere sich auch im Homogenitäts-Streben des Nationalstaates, das die Monopolisierung aller gesellschaftlichen Prozesse durch eben diesen zum Ziel habe. Vielfalt und Pluralität würden so bekämpft und sind laut Öcalan Grund für Assimilation und Völkermord. Der Nationalstaat wird von ihm nicht nur als ausbeutende Instanz von Ideen und Arbeitskraft verstanden, außerdem „kolonisiert er die Köpfe der Menschen im Namen des Kapitalismus“. Da der Staat eine einzige, homogene Bürgerschaft mit einheitlicher Kultur, Identität und Religionsgemeinschaft erzwingen wolle, resultiere schon der Bürger*innen-



Begriff aus diesem Streben nach nationaler Homogenität. Laut Öcalan sei die Geschichte der letzten zweihundert Jahre „voller Beispiele, [die] die gewaltsame Versuche zur Schaffung einer der Scheinrealität eines echten Nationalstaates genügenden Nation“ illustrieren.

Darauffolgend werden die ideologischen Grundlagen des modernen Nationalstaates beleuchtet. Öcalan beginnt mit einer Analyse der religiösen Wurzeln und der religiösen Aufladung des Staatsgedankens, geht allerdings auch auf Sexismus, Nationalismus und positivistische Wissenschaft ein.

Vorstellungen von Gott und solche religiöser Natur bringen laut Öcalan im historischen Kontext erste soziale Identitäten hervor. Die religiöse Festigung von Regeln und Vorschriften betrachtet er als „ideologischen Klebstoff“ vorstaatlicher Gemeinschaften. Die Entwicklung des Staates drängt seiner Ansicht erstmals religiös legitimierte Reglementarien in den Hintergrund und lässt diese Verantwortung auf Machtstrukturen wie Könige übergehen, der feudale Staat ist also durch den Herrschenden als von Gottes Gnaden legitimiert. Dies kontrastiert Öcalan mit dem modernen Nationalstaat, der sich zwar häufig als säkular bezeichne, religiösen Einfluss auf politische und gesellschaftliche Entscheidungsfindung jedoch nicht unterbinde. Im Gegenteil sei der Säkularismus selbst religiös behaftet, außerdem werde der Staat durch Attribute wie „Nation, Vaterland, Nationalflagge, Nationalhymne und viele mehr“ selbst religiös überhöht. Dies stelle den Versuch dar, „die Grenzen der materiellen politischen



Strukturen“ zu transzendieren und den zentralisierten Nationalstaat als Struktur mit „gleichsam göttlichen Attributen, [die] die Gesellschaft völlig entwaffnet und den Gebrauch von Gewalt monopolisiert“ zu etablieren.

Nationalismus begriff Öcalan als zentrales Element der staatlichen Ideologie, der als Kern die angesprochene religiöse Überhöhung habe. Würde der Nationalstaat

als Gott begriffen, sei Nationalismus gleichsam seine Religion. Er diene als quasi-religiöse Rechtfertigung für Kapitalakkumulation, Ausbeutung und Profitmaximierung und durchdringe alle Bereiche der Gesellschaft. Intellektuelle Aufklärung sei nur durch Analyse diesen die Gesellschaft strukturierenden Elements, sowie der gleich noch besprochenen Elemente, zu erreichen.

Sexismus wird von Öcalan ebenfalls die gesamte Gesellschaft durchdringende Struktur verstanden, die historisch betrachtet von vielen zivilisierten Systemen zum Machterhalt genutzt worden sei. Frauen würden als Reservoir billiger Arbeitskraft ausgebeutet und seien in ihrer Rolle als Produzentinnen menschlichen Lebens, als auch der Reproduzentinnen der Gesellschaft sowie ihrem möglichen Status als „Accessoire der patriarchalen Männergesellschaft“ sowohl Gebrauchsgegenstand als auch Sexualobjekt. Das Patriarchat versuche die eigene Verbreitung und Wirkmächtigkeit verschleiert zu halten, seien doch alle Machtverhältnisse und staatlichen Ideologien in ihm fundiert. Die Gesellschaft werde so gleichsam zur Kolonie, die einerseits Männer in die größtmögliche Machtposition setzt, andererseits durch die sexistische Unterdrückung der Frau den Bereich der Gesellschaft etabliert, in dem versteckt „alle Formen von Sklaverei, Unterdrückung und Kolonialismus realisiert sind“. Kapital und Nationalstaat versteht Öcalan so als „Monopolismus des despotischen und ausbeuterischen Mannes“.

Des weiteren wird die positivistische Wissenschaft als stützendes Element des Nationalstaates betrachtet, die darüberhinaus als philosophischer Ansatz großen Einfluss auf die Sozialwissenschaften habe. Öcalan charakterisiert sie als Denkschule, die Erscheinungsformen der Dinge mit der Realität in eins setzt, und somit jegliche Strukturen ohne Erscheinungsform nicht als real existent begriff. Ebenso wird noch einmal Augenmerk auf die Religiösität gelegt. Sie diene dem anscheinend säkularen Nationalstaat als Stütze seines Nationalismus. Öcalan bescheinigt hierbei vor allem dem Islam „in dieser Hinsicht sehr agil“ zu sein, da er, ebenso wie andere Religionen auch, in einigen Gesellschaften noch eine wichtige Rolle spielt. Auch wenn die Religion im modernen Zeitalter nicht länger ihre traditionelle Rolle einnehme, da sie lediglich tun könne, was der Staat zulässt, dominiere sie in einigen Fällen den staatlichen Nationalismus, so im Iran oder der Türkei.

Öcalan fährt mit der Analyse der Rolle des Nationalstaates für die kurdische Frage fort. In einer kurzen Abhandlung attestiert er, dass die nationalstaatliche Lösung keine für die kurdische Frage sei, da Kurd*innen seit Jahrzenten nicht nur gegen die herrschenden Mächte und für die eigene Anerkennung kämpften, sondern auch gegen starke feudalistische Strukturen in der



eigenen Gesellschaft. Die Gründung eines Nationalstaates bedeute „im Kontext der kapitalistischen Moderne“ das Ersetzen „alter Fesseln [...] durch Neue“. Ohne Widerspruch gegen die kapitalistische Moderne ist für ihn die Befreiung der Völker nicht zu denken, die Gründung eines Nationalstaates würde im Interesse der herrschenden Klasse und der Bourgeoisie, nicht des Volkes sein. Die Lösung der kurdischen Frage sei also in einem Ansatz zu suchen, der die kapitalistische Moderne schwäche, und aufgrund der territorialen Begebenheiten nur in demokratischen Lösungen realisierbar.

Nach dieser Vorarbeit stellt Öcalan das Konzept des demokratischen Konföderalismus vor. Er versteht es als „Demokratie ohne Staat“, das auf demokratischen Entscheidungsprozessen durch kollektiven Konsens basiert. Damit stelle es einen Gegenpol zur staatlichen Organisation dar, die nur verwalte und sich auf Macht gründe, Ämter durch Ernennung (wenn auch durch Wahlen im Anschein der Legitimität) vererbe und Zwang als Mittel anwende. Der Demokratische Konföderalismus stelle hingegen eine Regierung dar, der offen gegenüber anderen politischen Gruppen und Fraktionen und „flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert“ sei. Außerdem wird postuliert, dass diese Form der Gesellschaft ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich mache, dem Feminismus und Ökologie als zentrale Bestandteile dienen. Im Folgenden erläutert Öcalan verschiedene Spannungsfelder, in denen sich der Demokratische Konföderalismus bewegt.

Zuerst geht es ihm um Partizipation und die Vielfalt der politischen Landschaft. Aufgrund der widersprüchlichen Zusammensetzung der Gesellschaft erfordere Partizipation die Organisation politischer Gruppen in horizontaler wie vertikaler Formation. Nur lokale Gruppen seien in der Lage, sich angemessen mit ihrer Situation zu befassen und Lösungen für gesellschaftliche Missstände zu finden. Diese Gruppen seien mit regionalen und zentralen Gruppierungen auszubalancieren. Weiterhin sei es „natürliche[s] Recht“, die eigene „kulturelle, ethnische oder nationale Identität mit Hilfe politischer Vereinigung zum Ausdruck zu bringen“. Dementsprechend sei der Demokratische Konföderalismus offen für Kompromisse und ermögliche gleichberechtigtes Zusammenleben „ob [in] Nationalstaat, Republik oder Demokratie“.

Daraufhin werden Bezüge zum „gesellschaftlichen Erbe und angehäuften historischen Wissen“ angesprochen. Öcalan betrachtet den Demokratischen Konföderalismus nicht als willkürliches politisches System, sondern sieht in in der Tradition föderalistischer Organisation großer Imperien, die durch Zusammenschlüsse von Klans, Stämmen und Gemeinschaften aber auch religiöse Autoritäten, Stammesräte Königreiche und sogar Republiken als konföderale Struktur beschrieben werden könne. Der Zentralismus des Sozialstaates sei Konsequenz seines Interesses am Erhalt der Machtmonopole und vor dem Hintergrund der heterogenen Gesellschaftsstruktur ebenfalls Grund sozialer Eruptionen.

Zentrales Element von Öcalans Betrachtungen scheint das moralische und politische Bewusstsein der Gesellschaft zu sein. Er begreift die Einteilung der Gesellschaft anhand bestimmter Muster als von den kapitalistischen Monopolen (wirtschaftlich, politisch, ideologisch, militärisch) geschaffen, die der Natur der Gesellschaft zuwiderliefen und durch Zentralisierung des Staates politischen und militärischen Machzentren Einfluss entziehe. Dies führt zur „vermeintlichen Entfremdung der Gesellschaft von ihrer eigenen Existenz und fördert den Rückzug aktiver Teilhaber“. Landfrieden und Rechtsordnung setzt in seinen Augen nur bourgeoise Klassenherrschaft voraus und so bildet sich „Macht [...] im Zentralstaat und wird zu einem der wesentlichen administrativen Paradigmen der Moderne“. Dem entgegen setzt Öcalan den Entwurf der „demokratischen Moderne“, dessen grundlegendes Paradigma der Demokratische Konföderalismus ist. Gesellschaft dürfe nicht als „monolithische Einheit“ verstanden werden, sondern müsse im Zuge dieses Paradigmas auf dem Willen gründen „wenn nötig zu kämpfen, genauso wie auf ethnischer, kultureller und politischer Vielfalt“.

Daraus ergibt sich für Öcalan der Demokratische Konföderalismus als eine Art der politischen Selbstbestimmung, in der alle kulturellen Identitäten und gesellschaftlichen Gruppen sich in regionalen Treffen, allgemeinen Versammlungen und Räten äußern können. Das schon weiter oben beschriebene Demokratieverständnis öffne so Raum für verschiedenste gesellschaftliche Gruppen und ließe Politik (wieder) zum Bestandteil des Alltags werden. Ohne Politik sei die Krise des Staates nicht lösbar, die durch die im Nationalstaat vorherrschende fehlende Repräsentierung nur verschärft werde. Dafür müsse Selbstverwaltung und Konföderalismus nicht als hierarchische Ebene der staatlichen Verwaltung sondern als zentrales Instrument sozialer Artikulation und Partizipation begriffen werden. Diese Politisierung der Gesellschaft sei nicht durch „große Theorien“ zu erreichen, sondern den Willen, die Autonomie der gesellschaftlichen Akteur*innen strukturell zu stärken und Organisation der Gesellschaft entlang sozialer Bedürfnisse zu ermöglichen. Eine partizipative Demokratie kennzeichne sich durch die Schaffung einer „funktionsfähigen Ebene, auf der alle Arten gesellschaftlicher und politischer Gruppen, Religionsgemeinschaften und geistigen Strömungen sich direkt in allen regionalen Entscheidungsprozessen ausdrücken können“. Gesellschaftliche Akteur*innen, ihrerseits schon förderative Einheiten, werden als Keimzelle der partizipativen



Demokratie verstanden, sie selbst als „Anwendung demokratischer Entscheidungsprozesse von der lokalen bis zur globalen Ebene im Rahmen eines kontinuierlichen politischen Prozesses“. Dementsprechend seien Entscheidungen nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch in konförderativen Strukturen für Dörfer und Stadtviertel zu treffen, kurz, alle Bereiche der Gesellschaft der Selbstverwaltung anzuvertrauen. Im folgenden setzt sich Öcalan auch mit dem Kampf um Hegemonie, demokratisch-konföderalistischen Strukturen im globalen Maßstab und der (Selbst)Verteidigung dieser auseinander. Diese Felder auch noch zu beleuchten nähme zu viel Platz ein und ist darüberhinaus zur Einführung in den demokratischen Konföderalismus nicht unbedingt notwendig. Dennoch enthalten sie einige Punkte, auf die in der, nach der Zusammenstellung von Öcalans Fazit und Thesen folgenden, kritischen Auseinandersetzung weiter beleuchtet werden sollen.

Öcalans stellt als zentrale These auf, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker das Recht auf einen eigenen Staat beinhalte. Dieser sei weder komplett abzulehnen noch komplett zu befürworten, da er nicht zu vergrößerten Freiheit eines Volkes führe, demokratischer Selbstverwaltung allerdings nicht entgegenstehe müsse. Assimilationsbestrebungen nationalstaatlicher Mächte werde eine demokratisch-konföderalistische Gesellschaft jedoch zu verhindern suchen.

Demokratischer Konföderalismus wird als nicht-staatliches Paradigma verstanden, das einen kulturell-organisatorischen Gegenentwurf zur nationalstaatlichen Demokratie darstellt. Er basiert auf Mitwirkung der Basis und Entscheidungsfindungsprozessen in den Gemeinschaften, die sich in regionale Vollversammlungen delegieren. Dies alles fußt auf der Annahme, dass spezifisch im Nahen Osten Demokratie nicht durch das kapitalistische System und seine imperialistischen Kräfte etabliert werden kann, sondern der Verbreitung der Basisdemokratie und einer anti-nationalistischen Einstellung bedürfe.

III

Öcalans Analyse des Staates, seiner historischen Gewordenheit und seiner ideologischen Grundlagen deckt sich in weiten Teilen mit libertären Analysen und Kritiken. Dies ist vor dem Hintergrund seiner Fundierung in den Konzepten und Werken Murray Bookchins nicht weiter verwunderlich. Öcalans Analyse des Patriarchats als strukturierendes Element der Gesellschaft und Basis der Unterdrückung nicht nur der Frau, sondern der gesamten Gesellschaft, wirft einige interessante Punkte über die Wahrnehmung von Arbeit und Ausbeutung auf. Auch seine Aufarbeitung der historischen Gewordenheit des Staates und seines quasi-religiösen Stellenwertes innerhalb der Gesellschaft erinnert zu Teilen an z.B. Bakunins „Gott und der Staat“.

Dennoch lassen sich einige Punkte herausarbeiten, die, weder aus anarchistischer, noch kritischer Perspektive haltbar erscheinen. Zum einen bliebe die Indifferenz des Konzeptes zur nationalstaatlich verfassten Gesellschaft. Öcalan postuliert zwar, der Staat sei weder zu befürworten noch abzulehnen, hält sich die Hintertür eines Nationalstaates jedoch nach wie vor offen. Im anarchistischen Verständnis jedoch bedeutet ein Staat gleich welcher Form immer Unterdrückung und Gewalt, sei er auch noch so radikal-demokratisch eingerichtet. Nationalismus und Ausschluss von Minderheiten, sowie die Ziehung von Grenzen sind notwendige Konsequenzen staatlicher Konsitution und konterkarieren somit Öcalans Vorstellung von der Teilhabe aller gesellschaftlichen Akteur*innen. Auch sein stetiger Bezug auf Volk, sowie ethnische und religiöse Identität bleibt hinter einem kritischen Anspruch weit zurück. Zwar mag die Repräsentation von Minderheiten in der momentanen globalen Ordnung nach wie vor zentrales Anliegen und ein Schritt zu mehr Gleichberechtigung sein, jedoch darf Identität nicht zur Grundlage politischen Handelns werden. Erst recht sollte die kulturelle beziehungsweise religiöse Identität (analog zu nationalen oder geschlechtlichen Identitäten) als eine Form der Zwangskollektivierung erkannt und folgerichtig auf ihre Abschaffung hingearbeitet werden. Zu Gute gehalten werden kann Öcalan, dass er die Abschaffung des Staates als Konsequenz aus dem Erfolg des Demokratischen Konföderalismus betrachtet, inwiefern er ein ähnliches Konzept auch auf die Überwindung von Identitäten und Zwangskollektiven anwendet erschließt sich jedoch nicht.

Interessant ist offensichtlich auch die konkrete Umsetzung von Öcalans Ideen in realpolitische Zusammenhänge. Hier sei vor allem das Gebiet Rojava (Westkurdistan) erwähnt, das sich trotz massiver Angriffe durch Truppen des IS, von der Türkei unterstützter Rebellen und (phasenweis) der syrischen Armee eine konförderale Gesellschaftsstruktur bewahrt.

Rafael Taylor beschreibt in seinem Artikel auch den Aufbau der demokratisch-konföderalen Struktur in Nordkurdistan (Türkei), die „in den Ebenen Dorf, städtische Nachbarschaft, Distrikt, Stadt und Region“ organisiert ist. Die höchste Ebene der Organisation stellt eine Mischung von Delegierten der Basis (60%) und Vertreter*innen von „mehr als 500 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und politischen Parteien“ (40%) dar. Sechs Prozent der Vertreter*innen



gesellschaftlicher Gruppierungen entfallen auf Vertreter*innen religiöser Minderheiten, Akademiker*innen und „andere Personen mit besonderen Fachkompetenzen“. „Informell“ herrsche „bei Beobachter*innen [...] Einigkeit darüber, dass die Mehrzahl der Entscheidungen [...] direktdemokratisch getroffen“ und den föderalen Strukturen und direktdemokratischen Prinzipien gerecht werde.

In Türkisch-Kurdistan sind soziale Umwälzungen allerdings schon lange spürbar. Unabhängige „Akademien“ wurden gegründet, die Diskussionsforen und Seminare in den Nachbarschaften organisieren. Auch die Inklusion religiöser Minderheiten findet in der konfessionsübergreifenden Renovierung verschiedenster Gotteshäuser Ausdruck. Die Befreiung der Frauen wird von ihnen selbst vorangetrieben, unter anderem setzten sie eine 40%-Frauenquote in den Versammlungen durch, Strafen für eheliche Gewalt und sexuelle Übergriffe zielen vor allem darauf, den Betroffenen finanzielle Sicherheit zu gewährleisten und sie so vor materiellen Abhängigkeiten in patriarchalen Beziehungsweisen zu schützen.

Ebenfalls finden viele alternative Vorstellungen des Zusammenlebens Platz. Kooperativen gründen sich und ganze Dörfer schließen sich (wie im Bezirk Hakkari) diesen an, um kollektiv die eigene Subsistenz zu sichern. Auch Schutzräume wie ein selbstversorgtes ökologisches Frauendorf zum Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt lassen sich ohne staatliche Gegenwehr und in Selbstverwaltung leichter und zufriedenstellender einrichten als unter der Führung von NGOs und staatlichen Institutionen.

Alle zwei Jahre findet eine Vollversammlung mit hunderten Delegierten aus allen vier kurdischen Gebieten statt. Dabei steht vor allem die Verteidigung des demokratisch-konföderalistischen Paradigmas gegen den IS, aber auch die syrische und türkische Reaktion im Vordergrund, allerdings wird auch die Verbreitung des demokratischen Konföderalismus vorangetrieben. Dazu dienen unter anderem die in der Vollversammlung organisierten politischen Parteien (PJAK, PYD, bedingt die PCDK), die auch in den Parlamenten für ihre Überzeugung eintreten und werben. Nach der Befreiung großer Teile Westkurdistan von Ba'ath-Regime und IS wächst die Hoffnung einer sozialen Revolution und auch ihre konkrete Umsetzung stetig weiter.

Auch wenn das hier vorgestellte Konzept des demokratischen Konföderalismus sich nicht in allen Punkten voll mit anarchistischen Vorstellungen deckt, konnte hoffentlich gezeigt werden, dass sich bereits im Hier und Jetzt in der Praxis viele emanzipatorische, freiheitliche und (nicht notwendigerweise, aber in der konkreten Umsetzungen vorhandene) antikapitalistische Grundsätze verwirklichen lassen. Diese können auch aus anarchistischer Sicht als durchaus unterstützenswerte und wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft angesehen werden. Schon wenn sich ein Teil der Weltbevölkerung ein Beispiel an den Entwicklungen in Kurdistan nähme, könnte eine sehr viel freiere Gesellschaft entstehen, als wir sie heute ertragen müssen. Dies erfordert wie jede Wendung der Gesellschaft zum besseren vor allem Eines: Die Selbstorganisation all jener, die unter der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft leiden und ihrem Machtgefüge ausgeliefert sind.



Da träumt man jahrelang
von einem Putsch und
dann wählen die Leute
einen einfach



Wer nicht wählt,
wählt Nazis

Dann kann ich
mir ja den Weg
zum Wahllokal
sparen



Diese Politiker sind
doch alle gleich...

... weil du auch
immer die Gleichen
wählst



Genau deshalb bin ich ja in die
Partei gegangen, um mit anderen
zu diskutieren und die Richtung
der Partei zu gestalten...

... während man
Flyer für den Kandidaten
verteilt



Ein Kessel Bunt

Wir möchten euch diese von einem Genossen gezeichneten Karikaturen nicht vorenthalten. Sie zeigen noch einmal exemplarisch den (Un)Sinn von Wahlen auf.

Wir hoffen ihr habt ebenso viel Spaß wie wir mit diesen Zeichnungen.



Befreundete Gruppen:

About:fem
aboutfem.blogspot.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
akkoeln.tumblr.com

Antifa Bonn/Rhein-Sieg
antifabonn.blogspot.de

FAU Bonn
fau.org/bonn

Gruppe Phoenix
phoenix.blogspot.de

Junge Antifa Bonn
antifabonn.blogspot.de/junge-antifa

LiZ - Gruppe für ein Libertäres Zentrum
lizbonn.blogspot.de

LUST - Liste Undogmatischer StudentInnen
lustbonn.org

Refugees Welcome Bonn e.V.
welcome.blogspot.de

GEGEN DEN SCHWINDEL DER WAHLEN

FREIHEIT ERREICHEN WIR

NICHT MIT DEM STIMMZETTEL!

**SOLIDARISCHE PERSPEKTIVEN
ENTWICKELN**

- JENSEITS VON WAHLEN UND POPULISMUS

Eine Kampagne der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA-IFA) -
fda-ifa.org/perspektiven

